

# ROSENHEIMER RUNDBRIEF, NR. 84

WEITERE THEMEN IN DIESER  
AUSGABE:

Sonderpartei-tag	2
Debatte um Hartz IV	2
„Energiekonzept“	3
Persönlich gesehen	4

## **Westtangente:** **Wie geht es weiter?**

Nachdem das Bundesverwaltungsgericht grünes Licht für die Rosenheimer Westtangente (B 15) gegeben hat, kann theoretisch der Bau starten. Darüber freue ich mich sehr. Die jetzige Frage ist die **Finanzierung**, nachdem das Zeitfenster der Finanzierung durch das Konjunkturpaket verpasst ist.

Ich halte allerdings nichts von dem Geschimpfe auf den **Bund Naturschutz**, der gegen das Projekt geklagt hatte. Klagemöglichkeiten gehören meiner Meinung nach zu unserer Demokratie. Das sollte unabhängig von der persönlichen Meinung für Jeden und Jede selbstverständlich sein und ist nicht zu kritisieren.

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) muss nun sein Wort halten. Laut Daniela Raab hatte er versprochen, den **„schnellstmöglichen Ausbau“** zu unterstützen. Ich fordere Taten. Ministerium und Freistaat entscheiden gemeinsam, welche Verkehrsprojekte in Bayern welche Priorität haben. **Sie müssen nun beweisen, dass Rosenheim für sie Priorität hat!**

## **Krankenversicherung: Kostenlawine startet**

**Mit dem Kabinettsbeschluss hat Schwarz-Gelb die umstrittene Gesundheitsreform auf den Weg gebracht. Jubelstimmung garantiert dies aber nur bei der Pharmaindustrie und der Privaten Krankenversicherung. Während die Lobby sich ausgiebig selbst bedient, droht den gesetzlich Versicherten eine Kostenlawine.**

Kernpunkt der schwarz-gelben Pläne ist der Einstieg in **„Kopfpauschalen“**. Das bedeutet, dass alle gesetzlich Krankenversicherten neben dem normalen Krankenkassenbeitrag einen Extra-Beitrag zahlen sollen. Dieser soll einkommensunabhängig sein und künftig unbegrenzt wachsen.

**Alle künftigen Kostensteigerungen im Bereich der Gesundheit sollen über diesen wachsenden Extra-Beitrag finanziert werden**, an dem sich die Arbeitgeber nicht beteiligen. Die Versicherten werden also mit den Kosten alleine gelassen! Gesundheitsökonom Jürgen Wasem rechnet damit, dass diese Extra-Beiträge, also die Kopfpauschalen, in 10 Jahren bereits bei 75 Euro pro Versicherten liegen.

Die **Solidarität in der Gesetzlichen Krankenversicherung wird mit der Reform beendet**. Die CSU bricht sowohl ihr Wahl-

versprechen, eine unsoziale Kopfpauschale zu verhindern als auch das Versprechen von „Mehr Netto vom Brutto“. Künftige Lohnsteigerungen werden wohl weitgehend von der wachsenden Kopfpauschale aufgefressen. Wie die **Rentnerinnen und Rentner** die wachsende Belastung bewältigen sollen, ist völlig unklar.

Zwar soll es einen komplizierten und bürokratischen **„Sozialausgleich“** geben, hinter diesem stehen aber noch viele Fragezeichen. Selbst wenn er kommt, müssen die Versicherten damit rechnen, in absehbarer Zeit mindestens 2 Prozent Ihres Bruttoeinkommens zahlen zu müssen, weil der „Sozialausgleich“ erst greifen soll, wenn die Belastung im Einzelfall darüber liegt.

**Um über die Gesundheitsreform und die Gegenvorschläge der SPD mit der Bürgerversicherung zu sprechen, lade ich Euch herzlich nach Prien ein! (siehe unten)**

## ***Wie teuer wird unsere Gesundheit?***

Am **Samstag, 9. Oktober 2010** lade ich mit der **SPD Prien** und meiner Kollegin **Bärbel Kofler** alle Interessierten herzlich zur Veranstaltung „Wie teuer wird unsere Gesundheit?“ ein. Mit dabei: **Hilde Matthels**, stellvertretende Sprecherin der AG Gesundheit der SPD-Bundestagsfraktion, **Marla Nolchl**, **Thomas Ganter** und **Christian Felkner** (AOK Bayern).  
**Ort und Zeit: 14-17.00 Uhr im Hotel Bayerischer Hof, Bernauerstr. 3 in Prien.**



## Sonderparteitag in Berlin

Mit dem Antrag „**Deutschland besser regieren**“ haben wir ein Bündel von Forderungen verabschiedet, unter anderem eine bessere Regulierung der Finanzmärkte, die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, einen gesetzlichen Mindestlohn, einen „Rettungsschirm“ für die Kommunen, die Rücknahme der schwarz-gelben Klientelgeschenke sowie eine Anhebung des Spitzensteuersatzes von 42 auf 49 Prozent, wobei dieser erst für Einkommen ab 100.000 Euro im Jahr (Ehegatten 200.000 Euro) greifen soll.

**Wir wollen hohe Einkommen und den Finanzmarkt an den Krisenkosten beteiligen!**



Schwarz-Gelb will diese Kosten durch Streichungen und Kürzungen bei Elterngeld, Städtebauförderung, Arbeitslosen und geringen Einkommen (Heizkostenzuschuss) gegenfinanzieren und

hohe Einkommen sowie den Finanzmarkt nicht beteiligen.

Thema des Parteitags war auch **Afghanistan**. Ich habe für einen Antrag geworben, der einen Sonderparteitag zu dem Thema fordert. Leider haben wir für den Antrag keine Mehrheit erhalten. Das finde ich schade, weil ich der Meinung bin, dass eine gemeinsame Diskussion über unsere Positionierung bei diesem auch sehr emotionalen Thema wichtig wäre.

Ich setze mich weiter dafür ein, dass wir im Sinne der Mitgliederbeteiligung zu einem Sonderparteitag kommen.

## Diskussion um Hartz IV

Nachdem das **Bundesverfassungsgericht** eine neue Berechnung der Regelsätze beim Arbeitslosengeld II gefordert hat, hat die schwarz-gelbe Bundesregierung nun ihre Vorschläge für eine Neuregelung präsentiert. Das Ergebnis ist ernüchternd für alle, die arbeitslos sind oder von Arbeitslosigkeit bedroht sind:

**Die Kinderregelsätze sollen nach dem Willen von Schwarz-Gelb gar nicht erhöht werden, die Sätze für Erwachsene sollen nur um 5 Euro steigen.** Für Kinder soll es „zusätzliche Sachleistungen“ geben. Letzteres ist aber teilweise Etikettenschwindel, weil bestehende Angebote, wie das von der SPD durchgesetzte „Schulstarterpaket“, einfach in die „neue“ Leistung einberechnet werden.

Da der **Bundesrat** zustimmen muss, wird die SPD dort für Verbesserungen kämpfen und überprüfen, inwieweit die Berechnungen von **Arbeitsministerin**

**von der Leyen** verfassungsgerecht sind. Ihr bisheriges intransparentes Versteckspiel mit den Daten erlaubt Zweifel.

Um die Erhöhung für die Arbeitslosen runterzurechnen, hat Schwarz-Gelb die Ausgabenposten im Arbeitslosengeld II für **Alkohol und Tabak** aus dem Regelsatz für Erwachsene in Höhe von bisher 359 Euro im Monat gestrichen, dabei geht es um über 18 Euro im Monat. Hintergrund ist aber nicht die Sorge um die Gesundheit: Die 18 Euro fehlen auch denen, die weder rauchen noch trinken.

Die **Argumentation, Arbeitslose dürften nicht besser stehen als Geringverdiener** ist zynisch, denn Schwarz-Gelb sorgt mit der Ablehnung eines **Mindestlohnes** dafür, dass Geringverdiener immer weniger verdienen. Der Mindestlohn würde eine Abwärtsspirale verhindern. Genau das wollen CDU, CSU und FDP gerade nicht!

## Auftakt Oktoberfest

Ein Pflichttermin für die bayerische SPD-Landesgruppe im Bundestag ist der **Berliner Auftakt des Münchener Oktoberfestes**.

**Horst Seehofer** missbrauchte leider wieder die Gelegenheit, das bayerische Fest zu einer CSU-Veranstaltung umzudeklariieren, indem er unter anderem weder den Vorsitzenden der bayerischen SPD noch Grüne Spitzenpolitiker und den DGB-Vorsitzenden begrüßte. Stattdessen sang er eifrig Loblieder auf die CSU. Da Seehofer in letzter Zeit der einzige ist, der noch Lob für die CSU übrig hat, war das wohl nötig...

Im Bild: mit Gabi Fograscher MdB



## Zurück in die Vergangenheit mit dem „Energiekonzept“

Das „**Energiekonzept**“ sollte eigentlich der große Befreiungsschlag für Schwarz-Gelb werden - nach Monaten des Nichtstuns und Streitens. Doch das Ergebnis ist so sehr auf die Wünsche der Atomwirtschaft zugeschnitten, dass es eben auch nur von dieser Applaus gab. **Hier die wichtigsten Punkte des „Energiekonzeptes“:**

Der von Rot-Grün durchgesetzte und von der SPD in der Großen Koalition verteidigte **Atomaustrieg** wird zurückgenommen. Die Atomkraftwerke sollen bis zu **14 Jahre** länger laufen als bisher vorgesehen. Sicherheitsfragen haben bei der Entscheidung offenbar ebenso wenig eine Rolle gespielt wie die ungeklärte Frage der Atommüll-Lagerung. Den Atomkonzernen winken durch den Beschluss laut einer Studie, abhängig von der Strompreisentwicklung, **Zusatzgewinne zwischen 57 und 94 Milliarden Euro**. Die geplante Einführung einer Brennelemente-Steuer ist da nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Die Steuer soll zudem, anders als von Schwarz-Gelb zunächst angekündigt, nur für ein paar Jahre erhoben werden.

**Erneuerbare Energie und Energieeffizienz** „sollen“ laut „Energiekonzept“ stärker geför-

dert werden. Das klingt gut, nützt aber nichts, weil die Regierung das Gegenteil beschlossen hat. Die Mittel für die **CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierung** wollte Bundesbauminister Ramsauer (CSU) im nächsten Jahr bis vor kurzem sogar halbieren. Das erfolgreiche **Marktanzreizprogramm** für erneuerbare Energie will Schwarz-Gelb weiter kürzen, ebenso die **Solarstromvergütung**. Im Haushalt 2011 des Umweltministeriums sollen nur die Mittel für Verwaltung & Atomkraft steigen.

Steuergeld soll vor allem in **Offshore-Windanlagen** fließen, und zwar über eine Ausschreibung direkt an die großen Energieversorger. Kleinere Betriebe haben bei solchen Ausschreibungen keine Chance. Auch hier sollen die vier großen Stromkonzerne in Deutschland dabei unterstützt werden, ihre monopolartige Stellung zu behalten. Zu Lasten der Verbraucher, denn nur mehr Wettbewerb im Energiemarkt sorgt für niedrigere Strompreise.

Das „Energiekonzept“ der Bundesregierung ist leider nur ein weiteres Beispiel für **hemmungslose Klientelpolitik** zu Lasten der Verbraucher. Statt auf die Zukunft setzt Schwarz-Gelb auf eine energiepolitische Rückkehr in die Vergangenheit.

## Städtebauförderung weiter auf der Klippe

Die schwarz-gelbe Bundesregierung plant weiterhin die **Halbierung der Städtebauförderung** des Bundes, was unter anderem in unserer Region erfolgreiche Programme wie „Soziale Stadt“ betrifft.

Mittlerweile stemmt sich neben der Opposition im Bundestag auch der Bundesrat einstimmig gegen die von **Peter Ramsauer (CSU)** geplante Halbierung.

Der Bundesbauminister hat jetzt angekündigt, mit den Ländern nochmal über die Halbierung zu verhandeln. Aus unserer Sicht darf dies nur ein Ergebnis haben: Den **vollständigen Erhalt der Mittel**, zugunsten der Kommunen, besserer Lebensverhältnisse vor Ort und auch der Integration. Hierfür kämpft auch die Rosenheimer SPD-Stadtratsfraktion.

## Patenschaftsprogramm

Aus mehreren Bewerbern habe ich **Anna-Marie Mala Müller** als Stipendiatin des Parlamentarischen Patenschaftsprogramms ausgewählt. Die 17-jährige Schülerin aus Rosenheim (siehe Foto) kann ein Jahr lang in Arkansas/USA die High School besuchen. Ich wünsche viel Erfolg!



## Krebsforschung

Als neue Berichterstatterin für Drogen und Sucht der SPD-Fraktion traf ich mich zum Austausch mit Experten im **Krebsforschungszentrum Heidelberg** (Foto unten) zu den gesundheitlichen Folgen des Tabakkonsums.



Außerdem übernahm ich die Schirmherrschaft für den 1. Rosenheimer Suchthilfetag, der zu einer verbesserten Vernetzung der Suchthilfe in Rosenheim beitragen soll. Informationen zu den Themen Prävention und Suchthilfe bei uns in der Region gibt es unter [www.neon-rosenheim.de](http://www.neon-rosenheim.de) (Tel.: 08031 - 400 58 90) und unter [www.anthojo.de](http://www.anthojo.de).

### Internet-Tipp:

Infos zu Ökostrom u.a. bei:  
[www.gruenerstromlabel.org](http://www.gruenerstromlabel.org)  
[www.energie-vision.de](http://www.energie-vision.de)

**Impressum:**

Bürgerbüro  
Angelika Graf MdB  
Am Nörreut 19  
83022 Rosenheim  
Telefon: 08031-98230  
Fax: 08031-299023  
E-Mail: angelika.graf@wk.bundestag.de  
Internet: www.grafspd.de

Abgeordnetenbüro  
Angelika Graf MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: 030-227 77313  
Fax: 030-227 76792  
E-Mail: angelika.graf@bundestag.de

Für uns in Berlin:  
**Angelika Graf**

**SPD**

**Persönlich gesehen...**

**Liebe Genossinnen und Genossen,**  
die **Klientelpolitik der schwarz-gelben Bundesregierung** wird immer hemmungsloser. Den Stromkonzernen werden zusätzliche Milliardengewinne geradezu hintergeschmissen - auf Kosten unserer Sicherheit, des Klimas und der vielen mittelständischen Betriebe im Bereich der erneuerbaren Energie. Wenn man hört, dass die Kanzlerin bei den Verhandlungen die Bosse der Atomwirtschaft direkt am Telefon hatte, fragt man sich schon, ob das noch was mit Demokratie zu tun hat. Bei der Entscheidung über die künftigen Regelsätze für Langzeitarbeitslose hat sie jedenfalls nicht mit Betroffenen telefoniert.

Erschreckend ist auch der Einfluss der **Pharmaindustrie** auf Schwarz-Gelb. Da finden sich Vorformulierungen der Pharmaindustrie fast wortgleich in Gesetzentwürfen wieder und plötzlich soll es bei der Kosten-Nutzen-Bewertung von Arzneimitteln auch um andere Faktoren gehen, die Gesundheitsminister Rösler (FDP) selbst festlegen möchte. Dabei wird es um eine Einbeziehung der Interessen der Pharmaindustrie gehen - nach dem Motto: Vielleicht

nützt das Arzneimittel nicht viel und ist übersteuert, aber immerhin schafft es den ein oder anderen Arbeitsplatz. Zugunsten der Pharmaindustrie will Schwarz-Gelb zudem die von der SPD eingeführten, sehr erfolgreichen Rabattverträge zwischen Krankenkassen und Herstellern aushebeln und das ebenfalls von der SPD ins Leben gerufene Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen entmachten.

Jubelstimmung auch bei der **Privaten Krankenversicherung (PKV)**: Den Wechsel von Versicherten mit hohem Einkommen aus der Gesetzlichen in die PKV will Schwarz-Gelb deutlich erleichtern. Damit wird die Gesetzliche Krankenversicherung weiter geschwächt und die Solidarität in der Gesellschaft aufgeweicht.

Die ultimative Klientelpolitik ist und bleibt aber das „**Sparpaket**“. Vor allem Arbeitslose, Familien und Rentner sollen zur Kasse gebeten werden, während die Finanzwirtschaft als Verursacher der Krise ebenso wie hohe Einkommen unbehelligt bleiben. Angela Merkel ist zur Klientel-Kanzlerin mutiert!

**Eure Angelika**

**MEINE WICHTIGSTEN TERMINE IM  
OKTOBER & NOVEMBER 2010**

01.10.bis 04.10.	Parl. Versammlung des Europarates: Wahlbeobachtung in Bosnien
04.10.bis 08.10.	<b>Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin</b>
09.10.	Besichtigung Ertlhof Rimsting mit Hilde Mattheis und Maria Noichl MdL
09.10. 14.00	<b>„Wie teuer wird unsere Gesundheit?“, Hotel Bayerischer Hof in Prien</b>
09.10. 19.00	40 Jahre Konzerte Schloss Neubeuern
12.10.bis 13.10.	Klausur des Landesvorstandes der AG 60 plus Bayern in Ingolstadt
13.10. 17.00	Stadtrat, Rosenheim
14.10. 19.00	Verleihung Bayerischer Gesundheitspreis, München
15.10. 10.00	25 Jahre Heilpädagogische Tagesstätte, Behandlungszentrum Aschau
15.10. 18.00	100 Jahre SPD Unterföhring (Betreuungswahlkreis)
17.10. 13.30	Klausur der bayerischen SPD-Landesgruppe im Bundestag, Regensburg
18.10. 11.00	Bundesvorstand der AG 60 plus in Kassel
21.10.	Wahlkreisbesuch und Referat in Offenburg zum Thema Glücksspielsucht
22.10.	Referat und Besuche bei SPD-Gesundheitstag in Bad Wörishofen
25.10.bis 29.10.	<b>Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin</b>
06.11. 12.00	Landesvorstand der BayernSPD
08.11.bis 12.11.	<b>Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin</b>
15.11. 18.00	Stiftungsausschuss, Rosenheim
16.11. 19.00	Referat zur Gesundheitspolitik für AG 60 plus in Straubing
17.11. 18.00	Stadtrat, Rosenheim
19.11.	Wahlkreisbesuch und Referat in Passau zum Thema Gesundheit
26.11. 19.00	Juso-Weihnachtsgespräch mit Franz Maget, Rosenheim, Mailkeller
29.11.bis 03.12.	<b>Sitzungswoche Deutscher Bundestag, Berlin</b>